

# Vortrag

**Diakonie**   
Rheinland  
Westfalen  
Lippe

Diakonie Rheinland-  
Westfalen-Lippe e.V.

## Kinderarmut

Vortrag anlässlich der Kreissynode des  
Kirchenkreises Krefeld-Viersen

24. April 2010

Vorstand

Pfarrer Dr. Uwe Becker

Telefon: +49 211 6398-262  
u.becker@diakonie-rwl.de

Liebe Synodale,

lassen Sie mich meinen etwa halbstündigen Beitrag, den ich in vier Abschnitte gegliedert habe, mit einer biografischen Notiz beginnen.

### 1. Armut ist relativ – aber das macht sie nicht erträglicher

Ich lebe mit meiner Familie in Köln. Wir wohnen im Stadtteil Bayenthal seit fast zehn Jahren zur Miete in einer etwa 140 qm großen Stadtwohnung auf zwei Etagen mit einem etwa 300 qm großen Garten. Der Stadtteil Bayenthal grenzt an den Stadtteil Marienburg, ein Villenviertel aus der Gründerzeit, Häuser von Unternehmern aus dem 19. Jahrhundert, deren Vorarbeiter und besser situierte Facharbeiter sich im Stadtteil Bayenthal angesiedelt hatten. Heutzutage sind diese Villen ein Vermögen wert, nicht selten liegt ihr Verkaufswert bei mehr als fünf Millionen Euro.

Die Gemeinschaftsgrundschule in der Cäsarstraße nahe der Grenzlinie zwischen diesen beiden Stadtteilen wird sowohl von Bayenthaler als auch von Marienburger Kindern besucht. Folglich ergeben sich stadtteilübergreifend Kontakte und Freundschaften zwischen den Kindern. Man besucht sich gegenseitig. So auch unser mittlerer Sohn Martin. Es mag nun gut acht Jahre her sein, dass er nachmittags bei einem Marienburger Schulfreund eingeladen war, in ein Haus mit 400 qm Wohnfläche, 1 000 qm Garten, 17 Zimmern und einem Rasenhockey-Platz hinter dem Haus, übrigens nur eines der vielen Immobilien dieser Familie. Imponiert von diesem Besuch und offensichtlich noch mit der Bearbeitung der dort gewonnen Eindrücke beschäftigt, stellte unser damals 10-jähriger Sohn beim Abendessen die ernsthaft nachdenkliche Frage: „Papa, warum sind wir eigentlich so arm?“

Was war passiert? Ein 10-Jähriger vergleicht, fast verschämt lernt er Unterschiede kennen zwischen reich und weniger reich, Luxus und gutbürgerlichem Lebensstandard und in diesem Vergleich empfindet er die eigene Lebenssituation als arm. Er hat übrigens diesen Jungen nie zu sich nach Hause eingeladen, die Freundschaft hat nicht lange gehalten und so hat der Reichtum heimlich schon im Herzen von Kindern Gräben und Grenzen gezogen, die die Erwachsenen übrigens schon seit Generationen zementieren. Man fühlt sich unwillkürlich, an Verhältnisse des indischen Kastenwesens erinnert, „unberührbar“ ist hier die Kaste der Reichen.

Wenn man so will eine Erfahrung „relativer Armut“, die aber natürlich der Statistik nicht standhält. Denn relative Armut bezeichnet die Einkommenssituation derer, die weniger als 60 oder 50 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens haben. Das ist natürlich bei einem Pfarrer

nicht der Fall, wohl aber bei gut 11,5 Millionen Bundesbürgern, also 14 Prozent der Bevölkerung und fatalerweise bei nahezu jedem vierten Kind in Deutschland.

Wenn wir also über Kinderarmut in Deutschland reden und uns dieser Problematik annähern wollen, muss zunächst einmal etwas zu den schlichten Fakten der materiellen Armut gesagt werden. Spätestens seit 1990 kann man von dem Phänomen einer „Infantilisierung“ der Armut in Deutschland sprechen, das heißt, dass Kinder die am häufigsten von Armut betroffene Altersgruppe sind. Die Gründe liegen eindeutig in der strukturellen Arbeitslosigkeit einerseits und dem stetigen Ausbau des Niedriglohnsektors andererseits begründet, also dem Phänomen des „Working poor“, der Armut trotz Arbeit. Es sind demnach also nicht nur Kinder aus den so genannten Bedarfsgemeinschaften im Rechtskreis des SGBII, was landläufig als Hartz IV bezeichnet wird, die von Armut betroffen sind, sondern auch Kinder insbesondere in Familien mit mehreren Kindern, aber auch in besonderem Maße Kinder von Alleinerziehenden, die oftmals lediglich einer Teilzeitarbeit nachgehen können und Kinder von Familien mit Migrationshintergrund, deren Eltern überproportional im Niedriglohnsektor arbeiten. Dies sage ich, um deutlich zu machen, dass die Situation dieser Kinder und damit das sich verbreitende Phänomen der Kinderarmut nicht zu trennen ist von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem Arbeitsmarkt, der Flexibilisierung der Arbeitswelt, der Steuerpolitik, der sozialstaatlichen Entwicklung und der Frage nach der Einrichtung eines gesetzlichen Mindestlohns. Wir werden teilweise auf diesen Zusammenhang noch zu sprechen kommen.

Was nun die materielle Not dieser Kinder anbelangt, so lässt sich an dem Verteilungsschlüssel des alltäglich zur Verfügung stehenden Budgets für diese Kinder im Hartz IV-Regelsatz die Misere anschaulich verdeutlichen. Bei Kindern bis zu 14 Jahren beträgt der monatliche Regelsatz 251 Euro, das sind 70 Prozent des Regelsatzes des Haushaltsvorstandes. Das macht 8,37 Euro pro Tag, davon etwa 3,34 Euro für die tägliche Ernährung, 1,33 Euro jeweils für Mittag- und Abendessen, gut 20 Euro für Kleidung und Schuhe, ein Euro pro Monat für ein Fahrrad. Allein diese wenigen Zahlen machen deutlich, dass diese finanziellen Mittel nicht zu einer existenzbedrohlichen Armut, nicht zum Verhungern führen. Aber es ist auch nicht nachvollziehbar, wieso ein 13-jähriges Kind nur 70 Prozent des Regelsatzes erhalten soll, wo es gerade in der Pubertät oft mehr Hunger hat als ein Erwachsener, weil es auch wächst und wer das kennt, der weiß, dass die gerade gekauften Hosen und Jacken und Schuhe schon nach sechs Monaten nicht mehr passen, das gilt für Sommer- wie Winterkleidung für Sportschuhe und – falls das überhaupt in Blick kommt – auch für Inliner.

Insofern hat der Erste Senat des Bundesverfassungsgericht am 9. Februar sehr deutlich gemacht, dass diese Festsetzung des Regelsatzes gewillkürt und nicht nachvollziehbar ist und insofern den Gesetzgeber veranlasst, transparent zu machen nach welchen Kriterien ein Regelsatzes errechnet wird, der ein menschenwürdiges Existenzminimum, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ermöglicht.

## **2. Armut hat viele Gesichter**

Aber wir würden das Kinderarmutsphänomen nur unzureichend erfassen, wenn wir es auf die rein finanzielle Seite beschränken wollten. Es geht um die Lebenslage dieser Kinder insgesamt, es geht um emotionale Armut, um Beziehungsarmut und um den Mangel an Entwicklungschancen und gesundheitliche Mängel.

Nehmen wir ein gegriffenes Beispiel: Es ist das Jahr 2006. Der 12-jährige Arian lebt mit seinen Eltern und seinem sechsjährigen Bruder in einer Vierzimmerwohnung in einem bürgerlichen Stadtteil, beide Eltern sind inzwischen arbeitslos, der Vater, ein gelernter Maurer, ist nach einem Betriebsunfall berufunfähig geworden und findet mit 47 Jahren keine Arbeit, die Mutter, eine gelernte Einzelhandelskauffrau, ist wegen Betriebsschließung des ortsansässigen Karstadt ebenfalls auf Arbeitssuche. Als Bedarfsgemeinschaft erfährt die Familie ein umfängliches Netz an Unterstützung: Durch den Familienpass der Kommune kann Arian zum Beispiel kostenfrei den öffentlichen Nahverkehr nutzen, um nicht nur seine Freunde im entfernten Oststadtteil besuchen zu können, sondern auch, um zu seinem Handballverein zu kommen, dessen Mitgliedsbeitrag er ebenfalls durch freiwillige Leistungen der Kommunen nur zur Hälfte aufbringen muss. In der Hauptschule ist er nachmittags im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGS) betreut und erhält wiederum durch Unterstützung der Kommune ein warmes Mittagessen für einen Euro, der Monatsbeitrag für die OGS in Höhe von 40 Euro reduziert sich wiederum durch kommunale Leistung auf 10 Euro.

Mit anderen Worten: Trotz der relativ prekären finanziellen Situation der Familie, werden die geringen Transferleistungen flankiert durch hilfreiche Maßnahmen im Rahmen der „Kommunalen Daseinsvorsorge“. Arian bleibt mobil, weil er den Nahverkehr kostenfrei nutzen kann, er ist nicht isoliert, weil er seine Freunde besuchen kann und die wiederum können auch ihn besuchen, denn er hat ein eigenes Zimmer, er kann Sport treiben und erfährt durch die OGS und die begleitende Hausaufgabenhilfe so viel Bildungs-Unterstützung, dass er gute Aussichten hat, in vier Jahren einen qualifizierten 10er Abschluss an der Hauptschule zu machen.

Im Jahr 2008 bricht im Zuge der wirtschaftlichen Rezession das Gewerbesteuerereinkommen der Stadt um 40 Prozent ein, im Jahre 2009 um weitere 25 Prozent. Die Kommune steht unter Haushaltssicherung und muss im Bereich der freiwilligen Leistungen erheblich einsparen. Der Familienpass wird gestrichen, die Bezuschussung der OGS und des Handballvereins ebenso. Außerdem erhält die Familie einen Bescheid der örtlichen ARGE, dass Sie wegen der Größe und der Mietkosten der Wohnung umziehen muss in eine kleinere Drei-Zimmer-Wohnung in einem Randgebiet der Stadt, in dem 47 Prozent der Bewohner im Rechtskreis des SGB II sind.

Die Folgen sind verheerend: Arian verliert den Kontakt zu seinen Freunden, er lädt sie nicht mehr ein, weil er sich schämt, kein eigenes Zimmer mehr zu haben, wegen seiner mangelhaften Mobilität bleibt er den Tag überwiegend in der Wohnung, guckt Fernsehen, denn sowohl von der OGS wie auch vom Handballverein ist er abgemeldet. Er sackt in der Schule leistungsmäßig erheblich ab, wird still, aber auch emotional unausgeglichen und neigt zu aggressivem Verhalten.

### **3. Die Politik verliert den Überblick**

Liebe Synodale, dieses Beispiel steht symbolisch für den Widerspruch insbesondere bundes- und landespolitisch beschworener Programmatik und dem, was sich gegenwärtig in den Kommunen besonders in NRW, aber auch in Rheinland-Pfalz und dem Saarland abspielt. Die politische Programmatik besagt: Wir brauchen mehr Chancen- und mehr Teilhabegerechtigkeit durch gleichberechtigte Bildungszugänge, frühe Förderung in den Kitas, Zugänge zu Sport und Kultur. Aber was passiert eigentlich gegenwärtig? Wenn man sich die Summe der Tränen-, Gift-, und Sparlisten der Kommunen in NRW ansieht – und wir haben sie in unserem Spitzenverband zusammengestellt, sie liegt Ihnen vor – dann sieht man wie in vielen Orten, insbesondere in den Ruhrgebietskommunen, dem Bergischen Dreieck und in Köln milliardenschwere Einbrüche bei

den freiwilligen Leistungen mindestens bis zum Jahr 2015 zu verzeichnen sind: Schließung von Schwimmbädern, Volkshochschulen, Musikschulen und Theatern, Erhöhung von Elterbeiträgen und Verpflegungssätzen in den Kitas, Abbau von Öffnungszeiten und Vergrößerung von Gruppen, Einstellung der Bezuschussung von Offener Ganztagschule, Schuldnerberatungsstellen oder präventiven Projekten wie dem Aufbau von Besuchsdiensten für junge Familien zur Vermeidung von Kindeswohlgefährdung. Hinzu kommt die Erhöhung von Eintrittspreisen und Gebühren für die verbleibenden Einrichtungen, von Schwimmbädern, Theatern, Musikschulen, Büchereien oder Familienbildungsstätten. Duisburg muss 160 Millionen Euro pro Jahr einsparen, Essen 110 Millionen, Mülheim 61 Millionen, Wuppertal 80 Millionen und Köln fehlen allein 540 Millionen Euro für einen ausgeglichenen Haushalt 2010!

Diese Einsparungen sind nicht für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen gravierend, sie sind aber fatal für diejenigen, deren Lebenslagenqualität ganz wesentlich von der Unterstützung durch die öffentliche Infrastruktur und die Vorhaltung der Kommunalen Daseinsvorsorge abhängt. Und das sind nun einmal ganz besonders die Kinder und Jugendlichen aus Familien in Armut.

Aber, verehrte Synodale, es ist nicht nur der Tatbestand der leeren Kassen, der einem diakonische Kopfschmerzen bereiten muss, sondern es ist auch die Verblendung der Politik für ihre eigenen Folgen. Die Widersprüche sind erschreckend. In den ersten Monaten dieses Jahres gingen merkwürdige Bugwellen politischer Rhetorik durch die Presse. Der so genannte Wirtschaftsweise Professor Franz forderte Anfang Februar eine Absenkung des Hartz IV-Regelsatzes um 30 Prozent, Roland Koch forderte bereits im Januar einen Arbeitszwang als „Gegenleistung für die staatliche Unterstützung“ und Minister Westerwelle spricht offenbar das Zitat des Jahres als Kommentierung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zu den Hartz IV-Regelsätzen: „Wer anstrengungslosen Wohlstand verspricht, der lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ In der Summe also besagt diese Mixtur: Erstens, die Regelsätze sind zu hoch, denn sie bedeuten Wohlstand, zweitens, sie müssen gesenkt werden, aber sie dürfen drittens nur dann gewährt werden, wenn die Betroffenen auch einer öffentlichen Beschäftigung nachgehen.

Was hat das mit Kinderarmut zu tun? Zunächst ist diese Zitatmixtur ein alarmierendes Armutszeugnis, nämlich ein Zeugnis für die Verarmung der politischen Kultur in unserem Land. Wie mögen sich wohl Kinder und Jugendliche fühlen, die irgendwie mitbekommen, und da sind Kinder ganz sensibel, dass ihren arbeitslosen Eltern unterstellt wird, sie lebten im Wohlstand und hätten zu hohe Regelsätze, wo diese Kinder tagtäglich hautnah erleben, wie erbärmlich ein Leben von diesen Regelsätzen nur zu bestreiten ist. Und zum zweiten wird indirekt unterstellt, die Eltern wären zu faul um zu arbeiten und sollen einer öffentlich geförderten Beschäftigung nachgehen.

Verehrte Synodale, wir haben das Programm der öffentlich geförderten Beschäftigung nach dem SGB II § 16e. Danach kann eine sozialversicherungspflichtige Arbeit für Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen zu 75 Prozent durch die öffentliche Hand gefördert werden. Dieses Programm Job-Perspektive sollte für 100 000 Menschen greifen. Aber zeitgleich während diese rhetorischen Blasen „anstrengungslos“ vom Stapel gelassen werden, geht die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesarbeitsministerium hin und kürzt die Eingliederungstitel für diese Jobs so erheblich, dass das Programm nahezu eingefroren wird.

Es gibt weitere Beispiele für diese Art von mangelhafter Supervisionskraft im politischen Raum. Man muss doch fragen, wie gegenwärtig überhaupt ernsthaft von Steuersenkungspolitik die Rede sein kann. 16 Milliarden, von denen keiner weiß, wie das finanziert werden soll. Aber sicher

ist, dass es für die Kommunen in NRW 1,6 bis 2 Milliarden an Mindereinnahmen bedeuten wird. Auch wenn diejenigen, die 20.000 Euro im Jahr verdienen von solch einer Reform 72 Euro im Jahr mehr Netto vom Brutto haben, was bitteschön wird diese privaten Haushalte der weitere Abbau von kommunalen Leistungen oder die notwendige Erhöhung von Gebühren, Eintrittspreisen und kommunalen Auflagen kosten, ganz abgesehen von der Planung einer Kopfpauschale.

Ein letztes Beispiel. Wir wissen, dass der Institutionenausbau besonders für die Entwicklungschancen junger Kinder sehr wichtig ist, die Sprachförderung ist dabei das A und O. Der Ausbau der U3-Betreuung und die weitere Ausgestaltung der Familienzentren ist sicher – wenn auch unterfinanziert – der richtige Weg in die richtige Richtung. Erzieherinnen berichten zum Teil darüber wie erfolgreich es im Laufe der Jahre gelungen ist, beispielsweise muslimische Eltern davon zu überzeugen, dass die Unterbringung ihrer Kinder in den Kitas für die Kinder hilfreich und für ihre Entwicklung förderlich ist. Nun hat sich die Zahl der eher bildungsfernen Elternhäuser, die sich zu diesem Schritt der Kita-Anmeldung entschieden haben, erhöht und da geht – für viele Erzieherinnen unvorstellbar – die Bundesregierung hin und verteilt eine „Herdprämie“ von 150 Euro monatlich, was vielfach nun gerade die in Anspruch nehmen werden, deren Kinder eine Förderung durch die Institution Kita in besonderer Weise gebrauchen könnten.

#### **4. Und was macht nun die Kirche?**

Ich habe diese vielfältigen Facetten der Kinderarmut, ihrer Entstehung und Strategien der Vermeidung angerissen, damit der Lokalisierungsraum kirchlicher Gestaltung etwas deutlicher wird. Und der liegt auf unterschiedlichen Ebenen, auf der politischen, auf der gemeindlichen. Die politische Ebene betrifft gewissermaßen Forderungen gegenüber der Politik, die gemeindliche betrifft unsere ureigenste Gestaltungsmöglichkeit.

Anders gesagt: Kirche kann nicht umhin, sich um den Blick auf das Ganze zu bemühen. Es nutzt nicht so sonderlich viel, sich an einer örtlichen Demonstration gegen die Schließung einer Jugendeinrichtung zu beteiligen und die kommunale Politik an den Pranger zu stellen, wenn man nicht eine gewisse Einsicht in die politischen Ursachen nimmt und die sind überwiegend, nicht ausschließlich, nicht in den Kommunen angelegt. Die Kommunen folgen notgedrungen einer fatalen Systematik des Haushaltssicherungsverfahrens – wenn man so will ein Zwangsverfahren. Insofern sollte sich die Kirche auf allen Ebenen politisch darauf verständigen, dass die auskömmliche Finanzierung der Kommunen gesichert sein muss und das heißt, wer bestellt – ob Bund oder Land, ob Unterbringungskosten für Hartz IV-Empfänger oder Einlösung des Rechtsanspruchs für die U3-Betreuung in den Kitas – wer bestellt, muss auch bezahlen.

Aber hier und heute soll es ja schwerpunktmäßig um den direkten, selbstverantwortlichen Gestaltungsraum von Kirche und Diakonie gehen, und nicht so sehr um die politischen Forderungen gegenüber Dritten. Dazu vier Anmerkungen:

#### **1. Armutslinderung braucht Sensibilität**

Das Sozialgebilde „Kirche“ ist zunächst nüchtern zu betrachten. Denn hier besteht ein gewisser Widerspruch zwischen Lehre und Selbstverständnis einerseits und der soziologischen Struktur andererseits. Mit anderen Worten: Kirche versteht sich gemäß Matthäus 25 zwar oftmals primärzuständig für arme Menschen, aber sie ist keine Kirche *der Armen*. Zumindes mit Blick auf die Gehaltsstruktur der meisten Mitarbeitenden, der Herkunft und Lebenssituation einer überwiegenden Zahl der gottesdienstlichen Kerngemeinde, der Sozialstruktur der Presbyterien und Kreis-

synodalvorstände muss man redlicherweise bilanzieren, dass die Sozialstruktur eher mittelstandsgeprägt geprägt ist. Das heißt aber nicht, dass Armut nicht durchaus ein in den Kirchengemeinden zu entdeckendes Phänomen ist, die Frage ist nur, wie sensibel es wahrgenommen und damit ungegangen wird. Aus der Distanz zur Lebenssituation von Menschen in Armut oder gar in Obdachlosigkeit ergeben sich jedenfalls in ehrenwerten Kirchenpapieren gelegentlich skurril formulierte Gedanken. So formuliert 2006 die Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland „Gerechte Teilhabe“ bezüglich der Herausforderungen, die Armut für Kirchengemeinden bedeutet, folgendermaßen:

„Entscheidend ist es, dass Kirchengemeinden Möglichkeiten der Aktivierung Armer entwickeln und in der Lage sind, nicht die Schwächen von Armen zu kompensieren, sondern an deren Stärken anzuknüpfen. Diese Stärken bestehen z.B. in der Spontaneität, im Humor und in durchaus lustbetonten Gemeinschaftsformen. Erfahrungen gemeinsamen Feierns sind ganz wesentliche Punkte des Kontakts zu Armen und ihrer Anerkennung und Aktivierung.“<sup>1</sup>

Was fällt auf? Erstens: Die kollektive Formulierung „Aktivierung Armer“ verrät schon rein sprachlich eine enorme Distanz zu den vielschichtigen Phänomenen und Gesichtern der Armut. Es gibt nicht *die Armen*. Auch kirchensoziologisch ist zu fragen, ob hier ausreichend realisiert wird, dass Armut diffus geworden ist, längst am Mittelstand nagt und sich vielschichtige Facetten der Armut inmitten der Kirchengemeinden, ja selbst auch innerhalb der Kerngemeinde abbilden. Da geht es weniger um „Kontaktaufnahme“, als um eine sensible Wahrnehmung dieser Armutsphänomene mitten unter uns.

Zweitens bedeutet diese Verallgemeinerung tendenziell eine völlige Überforderung von Kirchengemeinden. Kirchengemeinden sollten sich nicht zu sehr durch theologische Leistsätze überfordern – etwa in dem Sinne: „Wir sind zuständig für alle Armen in unserem Stadtteil und müssen ihre Not lindern.“ Solche überfordernden theologischen Normierungen führen oftmals zu einem frustrierenden Status praktischer Umsetzung.

Ein sensibler Umgang mit Phänomenen der Armut muss doch zunächst einmal fragen: Sind wir selber sensibilisiert für die Wahrnehmung von Armut – etwa im Konfirmandenunterricht, bei Freizeitmaßnahmen, bei Tauf- und Hausbesuchen, in der Arbeit der Kindertagesstätte und der Jugendarbeit? Und wenn ja, haben wir eine Strategie, die ebenso sensibel Linderung von Armutsrisiken betreibt? Ich kann natürlich im Konfirmandenunterricht als Gemeindepfarrer sagen: „Wer von euch nächste Woche den Ausflug ins Schwimmbad nicht bezahlen kann, der kann sich bei mir melden.“ Solche Offenlegung von Armutssituation trifft oftmals auch die Scham derer, die diese Unterstützung nötig hätten, sich aber nicht melden. Ich kann aber auch einen Fonds für Konfirmandenarbeit einrichten, in den anonym von allen Konfirmandeneltern, aber auch sonstigen Gemeindegliedern eingezahlt werden kann. Und wenn sie einen solchen Fonds mit einem Konzept unterlegen und beschreiben, dass sie daraus für alle Kinder kostenfrei den Ausflug ins Schwimmbad, ins Kino oder die Freizeit am Möhnesee bezahlen, dann dient das auf zweifache, elementare Weise der Stützung der Lebenssituation von Kindern in Armut: Erstens muss sich niemand „outen“ und zweitens, wenn solcherlei Aktivitäten wesentlich intensiver in die Konfirmandenarbeit eingebunden werden, machen diese Kinder in Armut Erfahrungen von Freizeit, Mobilität, Sport und Kultur, die ihnen normalerweise weitgehend verschlossen sind. Und ich glaube übrigens, dass nachhaltige Kirchenbindung primär auf solchen positiven, emotionalen

---

<sup>1</sup> A.a.O., Seite 77

Erfahrungen beruhen und nicht so sehr darauf, dass die Zehn Gebote auswendig gelernt werden, ohne dass ich das nun gegeneinander ausspielen will.

## **2. Vernetzung nutzen**

Wir diskutieren in der Armutsforschung den Tatbestand, dass wir innerkommunal erhebliche Gefälle zwischen armen und reichen Stadtteilen vorfinden, eine Situation, die sich folglich auch in den Kirchengemeinden widerspiegelt. Es gibt innerhalb von Kirchenkreisen Gemeinden, die richtig gut dastehen und andere, die besondere Haushaltsdeckungsprobleme haben, in denen sich aber auch wiederum ein besonders von Armut geprägte Sozialstruktur abbildet. Ich kann die damit verbundene Herausforderung nur – auch auf der Basis meiner Pfarramtstätigkeit in Wuppertal und im Stadtkirchverband Köln – anreißen. Die Grundfrage ist schlichtweg: Gibt es ein Kirchenkreiskonzept, durch das – solidarisch über alle Gemeinden gezogen – die Finanzierung von Projekten sichergestellt ist, die beispielsweise in der gemeindlichen Gemeinwesenarbeit bemüht sind, Armutsrisiken zu minimieren etwa in der Jugendarbeit oder dem Elterncafé einer Kita. Also eine auskömmliche Finanzierung in dieser Gemeinde durch alle Gemeinden! Lassen Sie mich kritisch fragen, ob die Finanzierung solcher solidarischer Projekte nicht gelegentlich einem Gemeindepatriotismus zum Opfer fällt, der nicht so sehr daran interessiert ist, was sieben Kilometer weiter in einer anderen Gemeinde desselben Kirchenkreises passiert.

Vernetzung, das kann ich hier nur andeuten, geht aber auch über die Kirchengemeinden hinaus und betrifft beispielsweise bei den „Regionalen Bildungsnetzwerken“ das synergetische Zusammenwirken aller Bildungsträger vor Ort, Kitas, Familienzentren, Schulen, Jugendhilfe (OGS), Jugendberufshilfe, Volks- und Musikschulen, Bibliotheken usw. Hier ist noch viel Vernetzung für den Sozialraum und für die Flankierung von Lebenslagen in Armut zu leisten.

## **3. Diakonie in den Blick nehmen**

Wenn von Vernetzung die Rede ist, muss auch gefragt werden, ob Kirchengemeinden und Diakonie sich gegenseitig ausreichend im Blick haben und gut vernetzt sind. Ich erlebe das keinesfalls als den Normalfall und nicht selten wird auf Kirchenreiseebene der Zuschuss für ein diakonisches Werk gekürzt und andererseits geht eine Kirchengemeinde vor Ort hin und macht ihr eigenes diakonisches Projekt, ohne dieses in eine diakonische Gesamtkonzeption des Kirchenkreises einzubinden. Wir haben Einrichtungen der Schuldnerberatung, der Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger, der Tafeln und Sozialkaufhäuser, die eben nicht immer ausreichend in einem strategischen Kontext mit den Kirchengemeinden verbunden sind. Daher ist das in Ihrem Antrag formulierte Anliegen der Gründung von Runden Tischen mit Gemeinden und diakonischem Werk gegen Kinderarmut genau der richtige Schritt, aber keineswegs der selbstverständliche.

## **4. Der Sonntag braucht Gestaltung**

Es ist nun viel über Vernetzung und sozialräumliche Solidarität die Rede gewesen. Neben dem Raum ist aber auch die Zeit ein Faktor, der irgendwie zur Mangelware und zum Armutsindikator geworden ist. Zeit ist gerade bei Menschen in Armut gefüllt durch Isolation, Einsamkeit, Eintönigkeit und dem Gefühl, nicht beachtet und schon gar nicht gebraucht zu werden. Aber Zeit ist auch eine Gabe, die man teilen kann durch Gespräche, Zuhören, Beratung, Information, Gastfreundschaft, Feiern, Essen und Trinken.

Nutzen wir eigentlich unseren Sonntag? Ich meine nicht nur den Sonntagvormittag, die Stunde des Gottesdienstes, sondern die Zeit des Sonntags, die uns doch so wichtig ist, dass wir sie als Kirche sogar vor dem Bundesverfassungsgericht als Zeit der Unterbrechung gegen den Einzelhandel gesichert haben wollen. Könnten wir nicht mehr daran arbeiten, eine „Sonntagskirche“ zu werden, also eine, die den Sonntag als geheiligte Zeit vielfältigen Reichtum der Gemeinschaft gibt? Vielleicht einmal im Monat nach dem Gottesdienst ein kostenloses und gutes Mittagessen, Beratung für Neuzugezogene oder für Eltern mit Neugeborenen, oder für die, die ihr Kind einschulen, Spielbetreuung für die Kinder oder auch Tanz, Musik oder Theater, gelegentlich eine Infoveranstaltung über die Neustrukturierung des Stadtteils, eine politische Diskussion mit Kommunalpolitikern.

Es gibt so viele Beispiele dafür, mit denen es gelingen könnte, bedarfsorientiert Kirche am Platz als Erfahrungsquelle von Geborgenheit, Erkenntnis und Befreiung so zu gestalten, dass niemand isoliert ist, ob arm oder reich, ob allein erziehend oder mit großer Familie, ob alt oder jung, ob arbeitslos oder überarbeitet – es macht keinen Unterschied. Und wenn dann Menschen in Armut erleben, dass sie keiner Sonderbehandlung unterzogen werden, keinen Antrag stellen müssen, keine Scham geweckt wird, keine milde Gabe gegeben wird, kein oben und unten ist, dann werden sie nicht nur satt, gestärkt, beachtet, sondern dann erleben sie auch eine Erfahrung von Würde – und die geht schon bei Kindern in Armut oft sehr früh verloren.